

18.49

Abgeordneter Mag. Roman Haider (FPÖ): Herr Präsident! Frau Staatssekretär! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Zunächst ein paar Worte zur Genese dieses Nationalen Reformprogramms: Dem Namen nach könnte man ja durchaus vermuten, dass sich da die österreichische Bundesregierung in einer Art Kraftanstrengung aufgemacht hätte, Stück für Stück Reformen zu verwirklichen, aber das wäre wirklich zu viel der Ehre für diese Bundesregierung und das wäre auch wirklich ein Meilenstein.

Dieses sogenannte Nationale Reformprogramm ist Teil des Europäischen Semesters, mit dem die Ziele der Agenda Europa 2020 erreicht werden sollen. Es ist also ein Art Frage-Antwort-Spiel: Der Europäische Rat gibt Empfehlungen, und die Bundesregierung gibt Antworten, ob und, wenn ja, wie sie diese Empfehlungen des Rates umzusetzen beabsichtigt.

Ob es sich bei diesen Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Semesters um einen weiteren Papiertiger handelt, wird sich zeigen. Aus meiner Sicht stehen die Chancen für einen Fortschritt bei Reformen sehr schlecht. Sogar ein überzeugter EU-Fundamentalist wie ÖVP-Delegationsleiter Othmar Karas hat schon eingestehen müssen, dass die Umsetzung von Reformen äußerst schleppend verläuft.

Das ist eigentlich schade, denn es gibt auch Empfehlungen des Rates, die gar nicht so schlecht und für Österreich durchaus positiv wären. Schauen wir uns das an: Die erste Empfehlung des Rates ist, dass die Budgetneutralität, die Aufkommensneutralität der Steuerreform sichergestellt werden muss, damit die mittelfristigen Haushaltsziele nicht gefährdet werden; das fordert der Rat.

Die Bundesregierung verweist dann immer wieder auf die Gegenfinanzierungsmaßnahmen – Bekämpfung des Steuer- und Sozialbetrugs, Strukturmaßnahmen, Kürzungen bei Förderungen und dergleichen. Aber wenn man sich all diese Punkte, die die Bundesregierung da als Antwort angibt, im Detail anschaut, dann sieht man halt schon auch den Pferdefuß. Zum Beispiel bei der Betrugsbekämpfung: Betreffend die budgetierten 1,9 Milliarden € an Mehreinnahmen – Stichwort Registrierkassenpflicht und dergleichen – braucht man es nur mit den Worten des Präsidenten des Fiskalrates Bernhard Felderer zu sagen: „Wenn man die Hälfte erreicht, kann man schon zufrieden sein.“

Die 1,3 Milliarden € an Mehreinnahmen durch steuerliche Strukturmaßnahmen sind ein Euphemismus für nichts anderes als direkte und indirekte Abgabenerhöhungen. Da

greift also der Finanzminister wieder in die Taschen der Bürger, und sie dürfen sich die Steuerreform doch selbst finanzieren.

Die Einsparungen bei der Verwaltung und bei den Förderungen führen dazu, dass man da in Österreich nicht planvoll vorgeht. Da wird in einer Art Rasiermentalität über alle Ministerien gekürzt, das führt dann sogar dazu, dass bei der Sicherheit eingespart wird – und das angesichts der großen Migrationskrise, in der wir uns seit über einem Jahr befinden. Also als langfristige Strategie kann man das jetzt wirklich nicht bezeichnen.

Betreffend die Einsparungen bei den Förderungen kann ich jetzt nur darauf verweisen, dass es noch immer keine funktionsfähige Transparenzdatenbank gibt, um Mehrfachförderungen sinnvoll vorzubeugen. Das ist bisher am Widerstand der Länder gescheitert.

Damit bin ich auch schon bei der nächsten Empfehlung der EU, der Rat sagt, „der Inkongruenz zwischen der Finanzierung der verschiedenen staatlichen Ebenen und deren Ausgaben“ soll abgeholfen werden. Das bedeutet nichts anderes als eine Zusammenführung von Einnahmen- und Ausgabenverwaltung. Nach langem Hin und Her ist es ja endlich gelungen, ein modernes Haushaltsrecht für alle Ebenen zu schaffen. Das ist zwar ein begrüßenswerter Beitrag zu mehr Transparenz und Vergleichbarkeit, am Grundproblem ändert sich aber nichts.

Da liest man dann, was die Bundesregierung im Reformprogramm als Antwort auf diese Empfehlung des Rates schreibt – ich zitiere –: „Im Zuge der Finanzausgleichsverhandlungen, welche noch vor dem Sommer 2016 abgeschlossen werden sollen, wird auf mehr Steuerautonomie für die Länder sowie eine Stärkung der Aufgabenorientierung hingearbeitet.“

Ich möchte dem Herrn Finanzminister, der heute nicht hier ist, durchaus zugestehen, dass er in dieser Sache wirklich versucht oder, besser gesagt, versucht hat, etwas weiterzubringen und Bewegung in die Sache zu bringen, aber wer die beharrenden Kräfte in den Ländern kennt, der weiß, was das für eine unmögliche Herkulesaufgabe ist. Bisher haben sich die Länder da ja immer quergelegt.

Insgesamt ist diese Antwort der Bundesregierung aber ohnehin schon obsolet. Der Sommer ist bereits da, ein Ergebnis liegt nicht vor, und ich will auch gar nicht auf der Frist herumreiten. Viel bedeutsamer oder tragischer ist es aber, dass es zu einer Zusammenführung von Einnahmen- und Ausgabenverwaltung wieder nicht kommen wird.

Als letzte Empfehlung des Rates wird die langfristige Sicherstellung des heimischen Pensionssystems angeregt. – Ja, da tut sich gar nichts, es sind bestenfalls Bewegungen im mikroskopischen Bereich wahrnehmbar. Es explodieren die Kosten für unser Pensions-, Sozial- und Gesundheitssystem, nicht zuletzt aufgrund der Migrationswelle, die über unser Land rollt. Getan wird da nichts wirklich Sichtbares. Es wird aber ohne Strukturreformen nicht gehen.

Das Problem des Föderalismus habe ich schon angesprochen. Eine Rationalisierung und Verschlinkung der Verwaltung ist in allen Bereichen nötig. Wir brauchen nur an die Pensions- und Krankenversicherungsanstalten zu denken. Der Förderdschub muss rigoros ausgeholt werden. Doppelgleisigkeiten, Effizienzsteigerungen in der Verwaltung – da könnte man auch den Empfehlungen des Rechnungshofes endlich einmal folgen.

Das wären Voraussetzungen für eine nachhaltige Senkung der Staatsschulden, für ein ausgeglichenes Budget. Das sind auch Voraussetzungen für eine nachhaltige Senkung der drückenden Abgabenlast, denn die letzte Steuerreform bringt den Bürgern nur eine kurze Atempause, bevor die kalte Progression wieder zuschlägt. Wenn **diese** Reformen eingeleitet werden, dann – aber wirklich erst dann! – kann man von einem Nationalen Reformprogramm sprechen, das diesen Namen überhaupt verdient. – Das vorliegende Papier verdient ihn leider nicht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

18.56

Präsident Karlheinz Kopf: Als nächste Rednerin gelangt Frau Abgeordnete Tamandl zu Wort. – Bitte.